

Gegenstand: Haushaltsreden der Fraktionen

Haushaltsrede CDU-Stadtratsfraktion – Johannes Kabs:

Herr Kabs hat in der Haushaltsrede der OB gute Ansätze vermisst; sie sei vielmehr eine verfrühte Wahlkampfrede gewesen.

Unstrittig sei die Steigerung der ungedeckten Auftragsangelegenheiten um 50 %, hier liege ein Fehler im System. Er kritisiert aber auch Kommunikationsdefizite Richtung Gremien bei Entscheidungen der Stadt. Als Beispiele werden Hess-Park, Altstadt und Stadtdenkmal, das Schieferdach am Rathaus, die Preissteigerung beim Viadukt, die Maßnahmen am Postplatz, die Straßenzüge Landauer Straße – Bahnhofstraße oder die Wirtschaftsförderung aufgezählt. Ebenso die Sanierung an Schulen oder der ÖPNV. Die CDU fordert die Einhaltung von Plänen: beim Verkehr, bei Baumaßnahmen, im Straßenbau. Notwendig sind klare Strukturen und ein stringentes Controlling.

Aus dem Rechnungshofbericht wird die Überzahlung von Beschäftigten und Beamten aufgegriffen. Die CDU erwartet einen Bericht dazu in der nächsten Ratssitzung.

Respekt funktioniere nur auf Gegenseitigkeit. Deshalb wird der Umgang mit Mandatsträgern kritisiert, z.B. Fehlinformationen zum Synagogenmahnmal, beim Taxistand Bahnhof, beim Podest am Postplatz oder die Altstadtbeleuchtung. Die Verwaltung schaffe Fakten ohne Beteiligung des Fachausschusses. Die Warnung der CDU vor dem Stadtdenkmal wurde missachtet und führte zu einer mehrheitsrelevanten Fehlentscheidung, da offenbar nun keine abschließende Abstimmung mehr möglich ist.

Er setzt sich u.a. mit dem Thema Kultur auseinander. Die Maximilianstraße 99 muss als Raum für Kulturschaffende weitergeführt werden. Erwähnt werden auch die vielen Ehrenamtlichen in den Sportvereinen, die helfen, Speyer zu einer wunderbaren Stadt zu machen.

Die CDU wird dem Haushaltsentwurf zustimmen.

Haushaltsrede SPD-Stadtratsfraktion – Johannes Gottwald:

Unbestritten gebe es einen Sanierungsstau an Schulen, das medienwirksame Posten von Bildern aus dem Sanitärbereich von Schulen durch die CDU sei aber nicht akzeptabel.

Er erinnert an die Jugendstadtratswahlen heute und dankt allen für ihr Engagement. Anders als die CDU ist er der Auffassung, dass noch nie so viel Kommunikation und Bürgerbeteiligung erfolgte, wie jetzt. Er erinnert an die KiTa in Speyer Nord oder die Neugestaltung von Grünanlagen. Parks und Plätze seien für ein urbanes Leben unverzichtbar.

Der Friedhof bedarf dringend einer Weiterentwicklung seiner Angebote.

Thematisiert werden auch Straßen und das ungehemmte ÖPNV-Bashing in der Presse. Wäre man den Experten gefolgt, wie von der „Rheinpfalz“ zuletzt gefordert, hätte man eine noch höhere Taktung. Ziel war eine stärkere Nutzung des ÖPNV. Notwendig ist, gute und bezahlbare Alternativen zum Auto zu schaffen. Ein sozial organisierter Verkehr durch die VBS wird begrüßt. Man hätte sich mehr Investitionen in Radwege und die Klimafolgenanpassung gewünscht.

Erkennbare Erfolge gebe es bei mehr Baugenehmigungen, so seien zuletzt 270 sozial geförderte Wohnungen entstanden. Mit den Wohnraumlotsen entsteht ein Pilotprojekt aus Landesmitteln. Viele, meist kleinere, Initiativen halten die Gemeinschaftswerte am Leben; sie brauchen

materielle und finanzielle Unterstützung. Auch in der Wirtschaftsförderung sieht er positive Signale. Begrüßt wird, dass es keine zusätzlichen Steuern gibt, welche die Wirtschaft belasten.

Die SPD stimmt dem Haushalt mit den üblichen Einschränkungen zum Flugplatz zu.

Haushaltsrede AfD-Stadtratsfraktion – Benjamin Haupt:

Alle Jahre wieder beklagt die AfD Überregulierungen durch die EU und die Bundesregierung. Es gebe keine soziale Gerechtigkeit mehr in diesem Land, stattdessen werde die Kriegslobby hofiert. Dies setze sich beim Land und vor Ort fort, wo die Akteure dieselbe Couleur hätten.

Der Entwurf sei ein weiterer nicht ausgeglichener Haushalt mit hohen Investitionskrediten. Bis auf 500.000 € seien alle Investitionen kreditfinanziert oder von Landesförderung abhängig. Wie von der AfD befürchtet, wurde die Grundsteuer in NRW vor Gericht bereits für rechtswidrig erklärt. Die Personalkosten muss man in den Griff bekommen, hier seien strukturelle Anpassungen notwendig. Er lobt ausdrücklich die mündigen Demokraten in Waldsee, welche die Geothermie verhindern, die mit Zwang und Bevormundung beim Anschluss an die Fernwärme verbunden sei. Der Sozialhaushalt ist viel zu hoch. Speyer müsse sich der Klage des Städtetags zur Konnexität anschließen. Die rot-grüne Landesregierung sei bürgerfeindlich; man brauche weniger Förderbürokratie und mehr Schlüsselzuweisungen.

Er fordert die Remigration straffälliger und ausreispflichtiger Ausländer. Die AfD steht für Freiheit, Sicherheit und echte Demokratie. Betont wird Deutschland und Heimat. Niemand wolle aussterben, man solle sich nicht fürchten und Heimat leben. Die AfD hebt besonders die christliche Weihnacht hervor.

Die AfD lehnt den Haushalt ab.

Haushaltsrede Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen – Jana Dreyer:

Eingangs beschäftigt sie sich mit der Haushaltserstellung. Es sei richtig, die Schulhaushalte näher am tatsächlichen Bedarf zu orientieren.

Der vorgeschaltete Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss diene der Vorbereitung des Haushaltsbeschlusses. Die offensichtliche Sprachlosigkeit bzw. auch die Nichtteilnahme einiger Fraktionen ist für die Grünen nicht nachvollziehbar. Speyer ist eine wohlhabende Stadt und sollte keine Freiwilligkeit zur Beteiligung am Gemeinwesen vorhanden sein, dann müsse man auch über andere Finanzierungsmodelle nachdenken. Verpackungssteuer oder Zweitwohnungssteuer seien solche Ansätze.

Die Grünen erwarten, dass künftig wieder mehr Klimaschutz im Haushalt erkennbar gemacht wird. Daneben müssen aber auch soziale Aspekte beachtet werden.

Gebraucht werden mehr Bäume und mehr Entsiegelung, besonders in den dichtbesiedelten Wohngebieten. Dies wird im Haushalt nicht ausreichend berücksichtigt. Zudem erfolgt eine Waldbewirtschaftung zu Ungunsten des Waldes, über die hervorragende Zusammenarbeit im Ausschuss hinweg.

Der Rat trägt auch eine soziale Verantwortung. Respektlosigkeit und Diffamierung sind keine Meinung. Die Alternative sei gefährlich. Zu beobachten sei eine Normalisierung von Faschistinnen und Faschisten bis hin zur physischen Bedrängung und eine gezielte Missachtung von öffentlichen Anstandsregeln. Sie beendet ihre Rede mit dem Ausruf „alerta antifascista“.

Abschließend richtet sie Dankesworte an die scheidende Bürgermeisterin Kabs.

Die Grünen stimmen dem Haushalt zu.

Haushaltsrede FDP-Stadtratsfraktion – Mike Oehlmann:

Der vorliegende Haushaltsentwurf spiegelt die Realitäten wider, auch für die Zukunft. Seine nunmehr

9. Kommentierung des Haushalts zeigt, dass sich viele Warnungen der Liberalen bewahrheitet haben. Dem Haushalt fehlen Substanz und Mut.

Gefordert ist ein sorgsamer Umgang mit vorhandenen Mitteln, was zu wünschen übriglässt. Dies führt zu einem Verlust von Fachkompetenz in die umliegenden Kreise und Gemeinden. Die FDP fordert solide, nachhaltige Investitionen in die Zukunft. Die angekündigten staatlichen Fördermittel müssen in neue Projekte fließen, nicht in die übliche Arbeit.

Das tatsächliche Problem sind nicht die Einnahmen, sondern die Ausgaben. Beispiele vermeidbarer Ausgaben sind der gescheiterte Verkehrsversuch in der Gilgenstraße, Fehlinvestitionen in der Wormser Straße oder die Ausgaben für das Viadukt. Das Projekt Feuerwehrneubau bedarf einer professionellen Begleitung in der Bauumsetzung durch mindestens 2-3 Fachleute. Gefordert wird ein Bericht darüber, da eine Überlastung von Fachbereichen erkennbar ist.

Die FDP will eine klimaresilientere Innenstadt schaffen, auch am Postplatz. Daneben muss aber die individuelle Erreichbarkeit der Innenstadt durch ÖPNV und eine Entlastung des innerstädtischen Verkehrs gewährleistet werden.

Es gilt, Potenzial für zusätzliche Entwicklungsgebiete für Wirtschaft heben. Dabei darf es keine Denkverbote geben, auch nicht bei landwirtschaftlichen Flächen. Es sind eine Wohn- und Gewerbeflächenoffensive sowie grundlegende Konzepte für Wirtschaftsentwicklung notwendig; auch durch interkommunale Kooperationsformen, weil dort häufig keine Kapazitäten vorhanden sind. Eine Wirtschaftsagenda 2030 wird gefordert. Die FDP beantragt eine gesonderte Aussprache zu wirtschaftlichen Entwicklungen. Er sieht Potenzial für einen digitalen Wirtschaftsstandort Speyer in Form eines Digitalhubs mit verschiedenen Beteiligten.

Kritisiert werden Personalauswüchse im Haushalt. Der Stellenplan sei in den vergangenen 7 Jahren förmlich explodiert. Zusammenfassend werden erhebliche Fehlinvestitionen in den letzten Jahren attestiert.

Trotzdem wird der Haushalt 2026 wohlwollend unterstützt.

Haushaltsrede FWS-Stadtratsfraktion – Claus Ableiter:

Er dankt zunächst der CDU-Kritik, welche zu 100 % geteilt wird.

Dieser Haushalt sei ein Offenbarungseid der Oberbürgermeisterin. Er vergleicht die Ergebnisse der Haushalte seit 2021 mit stetig zunehmendem Defizit.

Er widerspricht der Behauptung der wegbrechenden Einnahmen, denn die Speyerer Betriebe blühen. Deshalb gebe es eine stabile Entwicklung der Gewerbesteuererinnahmen sowie ein Plus in der Grundsteuer, Einkommenssteuer und Umsatzsteuer; insgesamt rund 4,1 Mio. € Steuererinnahmen.

Der Haushalt krankt an Mehrausgaben durch Fehlentscheidungen der OB und fehlende Kontrolle, aber auch an Fehlbeschlüssen von Ratsmehrheiten. Mit Blick auf den Rechnungshofbericht stellt er keine Erhöhung, sondern tatsächlich eine Aufblähung des Personalkörpers bei der Stadt fest, mit alleine insgesamt 27 neuen „Stabsstellen“. Speyer hat die höchste Zahl VZÄ Mitarbeitende pro 1.000 Einwohner aller Städte. Die Stadt Neustadt/Weinstraße z.B. betreibe 13 Friedhöfe und

11 Trauerhallen mit weniger Personal als Speyer. Auch bei den Hilfspolizeibeamten sei festzustellen, es gebe zwar mehr Stellen, aber insgesamt weniger Verwarnungen. Andere Städte sind personell erheblich schlanker aufgestellt.

Ein fehlgeleiteter ÖPNV, Personalüberschwang und Pfusch bei Bauprojekten, so landet man ganz schnell bei einer hohen Millionensumme. Und anders als behauptet hat Speyer bei den Pflichtausgaben z.B. deutlich weniger Sozialausgaben wie vergleichbare Städte. Kritisiert wird aber die fehlende Rückholung von Beiträgen durch Zahlungspflichtige, wie der Rechnungshof feststellte.

Die FWS fordern auch ernsthafte Kostenschätzungen von Bauprojekten und keine wilden Phantasiezahlen. In diesem Zusammenhang übt er auch scharfe Kritik an der Arbeit des Stadtrates.

Die Aussagen von OB und Frau Bast zur Villa Ecarius stehen in diametralem Gegensatz zur Wahrheit. Stattdessen werden blöde Schreiben der Verwaltung verschickt, die er als schweren Angriff auf die Demokratie, einen Skandal und schikanös wertet. Es sei gutes Recht der Stadträte, Unterlagen weiterzugeben, die von Mitarbeitern der Stadt erstellt wurden, welche kein Eigentum daran haben. Die FWS werden sich das nicht gefallen lassen.

Er sieht viele, viele Hektar an guten Gewerbeflächen in der Verlängerung des Flugplatzgeländes, das für Jets gebraucht wird, die nur einer Minderheit dienen. Dies sei eine Versündigung an der Entwicklung der Stadt.

Die FWS lehnen diesen Haushalt grundsätzlich ab.

Die Vorsitzende sieht sich zur Richtigstellung genötigt und wähnt sich in der politischen Märchenstunde. So habe z.B. die Stadt Landau ihr gesamtes KiTa-Personal aus dem eigentlichen Stellenplan ausgegliedert und hat damit natürlich deutlich weniger Stammpersonal. Frau Dittus (Fachbereichsleitung 1) erläutert, solche Besuche sind nach dem Hausrecht des Hauseigentümers mitzuteilen, um die Termine konzentrieren und anderen Fraktionen auch die Möglichkeit zur Teilnahme geben zu können.

Haushaltsrede SWG-Stadtratsfraktion – Dr. Sarah Mang-Schäfer:

Die Kommunen tragen viel Verantwortung, bei immer leerer werdenden Taschen. Sie sieht fehlenden Mut zum Sparen durch Einsparungen von Ausgaben. Das kommunale Defizit ist nicht nur eine Zahl, sondern eine Belastung für die kommenden Generationen. Die SWG kritisiert fehlende Synergien bei den Personalkosten. Es wird eine flächendeckende Prüfung durch eine Fachfirma gefordert, wie man eine optimale Organisation realisiert.

Außerdem könnte eine Verpachtung von Sanitäreinrichtungen ohne Belastung des Haushalts erfolgen. Die Verwaltung muss sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

Eine Kultur- oder Tourismusabgabe sei ein Schritt in die richtige Richtung, nicht aber eine Bettensteuer. Die verbesserte Zusammenarbeit von Wirtschaftsförderung und Tourismus wird begrüßt. Abgelehnt dagegen wird ein überdimensioniertes Besucherzentrum im Domgarten. Dafür sollte man Bestandsgebäude mit vorhandener Infrastruktur nutzen.

Das Rennen um Fördergelder bringt nicht immer die optimalen Ergebnisse für die Stadt (Beispiele sind Viadukt und Elektrobusverkehr).

Es wird eine Überprüfung der Parkbereiche gefordert. Zur Lenkungsfunktion bei Anwohnerparkplätzen muss geprüft werden, ob evtl. private Abstellflächen vorhanden sind. Beim Gehwegparken muss die Stadt in größeren Bereichen denken.

Bei der Straßenreinigung durch die Stadt muss bis zum 1. Quartal 2026 eine neue Gebührensatzung erstellt werden oder eine Rückübertragung der Aufgabe an die Bürger erfolgen.

Der Ruländer-Weinberg ist ein wichtiges Kulturdenkmal der Stadt, allerdings dürfe das Produkt nicht im Keller vergammeln. Gedacht sei an einen Verkauf in der Tourist-Info. Ruländer-Reben wären im Übrigen auch ideal für eine Beschattung der Innenstadt. Die SWG fordert, die Stadthalle wieder kostendeckend gewerblich zu verpachten, auch das sei keine Kernaufgabe der Stadt.

Notwendig sei eine bedarfsgerechte Dimensionierung von Bussen in den Außenbereichen sowie die Erhebung von Fahrgastzahlen.

Die SWG kritisiert die Nichtberücksichtigung von freiwilligen Wahlhelfern. Außerdem darf es keine Doppelvergütung von städtischen Mitarbeitern bei Wahlen geben. Vielmehr sei eine digitale Selbstnominierung von Bürgerinnen und Bürgern zu realisieren.

Die SWG lehnt den Haushalt ab.

Haushaltsrede Stadtratsfraktion UfS – Rosemarie Keller-Mehlem:

Ihre Rede steht unter Prämisse: Das wir gewinnt. Eine gute Haushaltsführung heißt mehr als Zahlen.

Speyer hat im Regionalranking des DIW Platz 2 unter den kreisfreien Städten in RLP erreicht. Die Finanzlage ist leider angespannt. Trotz guter Einnahmen bestehen immer geringere Spielräume.

Gesundheit und Inklusion sind starke Faktoren. UfS sieht Gesundheitsförderung als Pfeiler der städtischen Gesellschaft, Kinderarmut dagegen als Risikofaktor. Deshalb braucht es Frischküchenversorgung für alle KiTas und Schulen. Positiv sind die Bewegungsangebote in den KiTas und der neue Mühlturnpark. Ein Wahlkampf auf dem Rücken von Kindern und Jugendlichen sei bestürzend. Thematisiert wird auch die seelische Gesundheit bei Jugendlichen und Senioren und die notwendige Förderung des Frauenhauses.

Weitere Themenkreise sind Zivilschutz, THW und Kulturschaffende, wie der Rockmusikerverein. Benötigt wird ein neues Nutzungskonzept für die Stadthalle mit den Vereinen, den Kulturschaffenden und gerne auch mit der VHS.

Zur Verbesserung der Wohnungssituation spricht sich UfS für Aufstockungen statt weiterer Neubauten aus. Verkehr, ÖPNV, barrierefreier ZOB und die Aufwertung der Parkanlagen sind weitere Schwerpunkte; ebenso der Schutz vor Hitzebelastungen.

Sie appelliert an die Ratsmitglieder, Gemeinsamkeiten in Stadtrat und Gesellschaft zu suchen. Christliche Nächstenliebe kennt keine Ausgrenzung.

UfS stimmt dem Haushalt zu.

Haushaltsrede Stadtratsfraktion Die Linke – Aurel Popescu:

Er zitiert zunächst aus seiner eigenen Haushaltsrede vom vergangenen Jahr zu den Investitionsrückständen. Und nach der Bundestagswahl macht die Regierung plötzlich Sonderschulden. Leider werden 50 % der Mittel voraussichtlich zweckentfremdet. Der Kanzler stellt fest: „Wir leben seit Jahren über unsere Verhältnisse“. Es muss aber hinterfragt werden, wer diese „Wir“ sind und über „wessen Verhältnisse“ gelebt wird? Offenbar arbeitet man sich an Rentnern, Geringverdienern und Bürgergeldempfängern ab; danach vielleicht an Menschen mit Migrationshintergrund. Alleine die Senkung der Luftverkehrssteuer kostet 370 Mio. €, das ist

Verkehrswende rückwärts gedacht, während das Deutschlandticket immer teurer wird. Es sei überfällig, die Vermögenssteuer wiedereinzuführen.

Er fordert, Speyer neu zu denken. Mit einem kostenlosen ÖPNV und einer echten Fußgängerzone. Die Verlängerung der Außengastronomie war ein erster Schritt, allerdings läuft die Probezeit aus.

Der fehlende Retscherrock beim Altstadtfest und die Halle 101 verdeutlichen, mit welchen Problemen die Kulturschaffenden, z.B. der Rockmusikerverein, konfrontiert sind. Daher **beantragt die Linke**, aus Mitteln der Kurpfalzkasernen einen Kulturfonds aufzulegen, über dessen Höhe noch gesprochen werden kann. Er hinterfragt auch, ob man den Flugplatz in dieser Größe weiter betreiben oder auch neu denken sollte.

Auch die Sportvereine leisten viel Gemeinschaftsarbeit. Sehr gut sei, dass die Jugendcafés dort entstehen, wo sie die Jugendlichen wollen und nicht, wo andere Leute sie für sinnvoll halten.

Auch den Friedhof sollte man neu denken. Das neue Bestattungsgesetz gibt die Möglichkeiten zur Wandlung von der Trauerzone zur Begegnungsstätte; auch mit neuen Angeboten. Die Bestattungszeiten sollten erweitert werden. Außerdem fordert er, der Friedhofsausschuss sollte 4 x im Jahr tagen.

Er befasst sich auch mit der Diskussionskultur im Rat und in der Gesellschaft. Man muss nicht einer Meinung sein, aber man muss miteinander reden. Hass und Hetze haben hier keinen Platz.

Die Linke wird dem Haushalt zähneknirschend zustimmen. Kritisiert wird die Bestrafung für gute Wirtschaftspolitik durch gestrichene Schlüsselzuweisungen des Landes. Der Haushalt trage auch linke Züge, die Zeitwohnsitzsteuer zeigt schon jetzt Wirkung.

Abschließend richtet der Glückwünsche an Frau BM Kabs zu deren bevorstehenden Abschied.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Festbudget der Schulen

Vorlage: 0528/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Auf die empfehlenden Vorberatungen in den Fachausschüssen wird Bezug genommen.

Herr Prof. Dr. Schubert verdeutlicht, die CDU unterstütze Variante 1, abweichend zum Votum im Schulträgerausschuss, da dies einer Anpassung an den tatsächlichen Abruf der Schulmittel entspricht.

Frau Dr. Mang-Schäfer favorisiert für die SWG weiterhin Variante 3.

Frau Hofmann bringt die prinzipielle Ablehnung der FDP zum Ausdruck.

UfS unterstützt durch Frau Keller-Mehlem Variante 1, was keine Kürzung der Mittel bedeutet, anders als in der Presse dargestellt.

Auch Herr Haupt spricht sich seitens der AfD für Variante 1 aus, wie im Ausschuss.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Schulträgerausschusses und des Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschusses beschließt der Stadtrat mehrheitlich die neuen Festbudgets der Schulen in städtischer Trägerschaft gemäß

Vorschlag 1

der beigelegten Vorlage (bei 2 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen).

Gegenstand: **Änderung der Satzung der Stadt Speyer für die Stadtbibliothek Speyer vom 10.06.2022**
 Vorlage: 0542/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Auf die Vorberatung im Fachausschuss wird verwiesen.

Beschluss:

Auf der Grundlage des § 24 Gemeindeordnung (GemO) in der Fassung vom 31.01.1994 (GVBl. 1994, 153), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473, 475), beschließt der Stadtrat der Stadt Speyer einstimmig folgende Änderung der Satzung der Stadt Speyer für die Stadtbibliothek Speyer vom 10.06.2022:

Artikel 1

Änderung: Anlage 1 – Gebührenverzeichnis, 1. Jahresgebühr

bisher		neu	
Jahresgebühr Metropol-Card	24,00 €	Jahresgebühr Metropol-Card	28,00 €

Artikel 2:

Die Satzungsänderung tritt zum 01.01.2026 in Kraft.

Gegenstand: **Abschluss von Vereinbarungen über die Gewährung von Zuschüssen für gebäudebezogene Aufwendungen im Rahmen des Betriebs von Kindertagesstätten in freier Trägerschaft**
 [Vorlage: 0574/2025](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Auf die Vorberatungen in den Fachausschüssen wird hingewiesen.

Beschluss:

Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme und 5 Enthaltungen) zum Abschluss von Vereinbarungen zwischen der Stadt Speyer als örtlichem Träger der öffentlichen Jugendhilfe und den freien Trägern der Kindertagesstätten über die Gewährung kommunaler Zuschüsse für gebäudebezogene Aufwendungen für die vom Träger betriebenen Kindertagesstätten.

Die Vereinbarung regelt die Gewährung von kommunalen Zuschüssen zur Deckung gebäudebezogener Aufwendungen i.H.v.

- 6 Prozent der anerkannten Personalkosten im Haushaltsjahr 2026
- 8 Prozent der anerkannten Personalkosten im Haushaltsjahr 2027
- 10 Prozent der anerkannten Personalkosten ab dem Haushaltsjahr 2028.

Die Zuschüsse sind zweckgebunden für gebäudebezogene Aufwendungen zu verwenden.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

Gegenstand: **Beschluss der Satzung zur Erhebung der Zweitwohnungssteuer in der Stadt Speyer**
 Vorlage: 0571/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende verweist auf die Vorberatung im Haupt-, Stiftungs- und Digitalisierungsausschuss und dessen Empfehlung für die Variante 3 der Vorlage.

Herr Hoffmann erläutert, die CDU-Fraktion habe lange über dieses Thema diskutiert und sich im Ausschuss noch enthalten. In der Hoffnung auf eine Lenkungswirkung wird man heute aber zustimmen und ebenfalls Variante 3 votieren.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen – AfD) die als Anlage beigelegte Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in der Stadt Speyer unter Festsetzung eines Steuersatzes von 15 % (Vorschlag 3).

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

Gegenstand: **Beschluss der Haushalte 2026 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung**
 Vorlage: 0591/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Nach den Haushaltsreden der Fraktionen erfolgt folgender

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit 30 Stimmen mehrheitlich (bei 8 Gegenstimmen: AfD, Freie Wähler Speyer, SWG):

Der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung für das Haushaltsjahr 2026 wird in der von der Kämmerei zuletzt vorgelegten Fassung (Veränderungsliste zum 11.12.2025) zugestimmt.

Protokollnotiz:

An der Abstimmung haben 38 der 44 gesetzlichen Mitglieder des Stadtrates teilgenommen.

Die SPD-Fraktion gibt zu Protokoll, dass sie – abweichend von der Zustimmung zum restlichen Entwurf – die Teile des Haushalts ablehnt, welche den Verkehrslandeplatz Speyer betreffen.

Gegenstand: **Bebauungsplan Nr. 077 "Bauschuttrecyclinganlage Speyer"**
 hier: Auswertung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1
 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger
 öffentlicher Belange (TöB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur
 Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der
 Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
 sowie Ergänzung des externen Geltungsbereichs für notwendige
 Ausgleichsmaßnahmen
 Vorlage: 0565/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Faust gibt zu bedenken, dass die Ausgleichsfläche in einem Natura 2000-Gebiet liegt und verweist auf ein Gutachten von 2017. Dies widerspricht sich nach ihrer Auffassung. Deshalb sollte man nochmals über eine Alternative dafür sprechen. Die Vorsitzende wirft ein, darüber wäre im Fachausschuss zu beraten gewesen.

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) teilt mit, dass dies nur der 1. Verfahrensabschnitt sei, man könne im Offenlageverfahren darüber beraten und im Rahmen des Umweltberichtes darauf eingehen. Frau Faust ist dennoch der Meinung, man sollte es im Umweltausschuss besprechen.

Die Überlegungen der Grünen gehen laut Frau Moser in eine ähnliche Richtung. Die Maßnahmen wurden bereits 2014 festgesetzt, aber nicht umgesetzt, was heute vielleicht sogar ein positiver Effekt sei. Man sollte das Maßnahmenpaket nochmals im ASUN besprechen. Es handelt sich um hochwertige Flächen und es stellt sich die Frage, wer diese pflegt.

Die Vorsitzende schlägt abschließend vor, die Beschlussfassung heute auszusetzen und zeitnah einen Ortstermin mit ASUN und ASBV anzuberaumen. Dies findet einhellige Zustimmung im Rat.

Gegenstand: **Widmungen von Straßen im Stadtgebiet**
 Vorlage: 0590/2025/1

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Eine redaktionelle Überarbeitung wurde laut Vorsitzender notwendig, weil partielle Flächen noch in Privatbesitz sind.

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) erläutert, die Massenwidmung steht im Zusammenhang mit der Ausbaubeitragsatzung über wiederkehrende Beiträge, für die ein Auftrag des Stadtrates 2023 erteilt wurde. Zur Eindeutigkeit und Rechtssicherheit für alle öffentlichen Straßen ist eine Widmung für den öffentlichen Verkehr notwendig.

Frau Faust möchte wissen, warum manche Straßen mit vielen Häusern nicht in der Liste stehen. Diese sind nach Auskunft der Vorsitzenden schon ausreichend gewidmet.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung: Faust, Linke) die nachfolgend genannten Straßen in der Gemarkung Speyer dem öffentlichen Verkehr gemäß § 36 Absatz 1 Landesstraßengesetz Rheinland-Pfalz (LStrG) vom 01. August 1977, in der derzeit gültigen Fassung (zuletzt geändert durch Artikel 68 des Gesetzes vom 20.12.2024 (GVBl. S. 473) zu widmen und als Gemeindestraße einzuordnen.

Die Stadt Speyer ist Trägerin der Straßenbaulast der aufgelisteten Straßen und Eigentümerin der aufgelisteten Grundstücke.

Gegenstand: **Beschluss zur Teilnahme am Interessenbekundungsverfahren des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“**
Vorlage: 0594/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Im ASBV gab es am 25.11.2025 dazu eine Anfrage. Für die Abgabe der Interessenbekundung gegenüber dem Bund bedarf es allerdings eines verbindlichen Ratsbeschlusses.

Frau Dr. Heller erkundigt sich nach der geforderten „finanziellen Notlage“. Diese wird laut Vorsitzender für Speyer jährlich von der ADD im Rahmen der Haushaltsgenehmigung festgestellt.

Frau Dr. Mang-Schäfer möchte wissen, was „Interessensbekundung“ konkret heißt. Laut Verwaltung ist diese Voraussetzungen dafür, später konkrete Förderanträge an dem Bundesprogramm stellen zu dürfen.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Speyer beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung: AfD), vorbehaltlich des Vorhandenseins von geeigneten Vorhaben, am Interessenbekundungsverfahren des Bundesprogramms „Sanierung kommunaler Sportstätten“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) teilzunehmen.

Sofern Vorhaben vorhanden sind, die die Kriterien des Projektauftrages erfüllen, erfolgt die Teilnahme an der Interessenbekundung durch Einreichen einer Projektskizze bis zum 15.01.2026. Die Prüfung von eventuell geeigneten Vorhaben sowie die Einreichung der Projektskizze wird die Bauverwaltung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachabteilungen vornehmen.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 10

Gegenstand: **Finanzhaushalt 2025; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 51130.0960003.5015 (Städtebauförderung / Anlagen im Bau für Baumaßnahmen / Viadukt)**
Vorlage: 0567/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Dr. Mang-Schäfer gibt zu Protokoll, dass die SWG der Vorlage nicht zustimmen wird.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 7 Gegenstimmen: AfD, SWG, FDP, und 2 Enthaltungen) die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 750.000 € bei HHSt. 51130.0960003.5015 (Städtebauförderung / Anlagen im Bau für Baumaßnahmen / Viadukt).

Gegenstand: **Ergebnishaushalt 2025; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 24100.5624100 (Schulträgeraufgaben, allgemeine Schulverwaltung - Software)**
Vorlage: 0586/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Nach Auffassung von Frau Dr. Mang-Schäfer war das Ende des Windows 10-Supports schon jahrelang bekannt und kam nicht überraschend. Nach Auskunft der Vorsitzenden stehen die Mehrausgaben nicht unmittelbar im Zusammenhang mit der Umstellung auf Windows 11, sondern haben u.a. etwas mit Zertifikatskäufen zu tun. Eine umfassendere Stellungnahme der IT erfolgt mit dem Protokoll.*

Herr F. Ableiter erkundigt sich nach den Maßnahmen gegen erneute Hackerangriffe. Dafür wurde laut Vorsitzender ein 6stelliger Betrag investiert. Die Verwaltung kann gerne im HSDA im nichtöffentlichen Teil darüber berichten, soweit die Informationen berichtsfähig sind.

** Protokollnotiz:*

Die Mehrkosten sind nicht der Beschaffung von Windows 11 oder dem bloßen Upgrade geschuldet.

Bei der Migration sind einige spannende Seiteneffekte aufgetreten, die Mehrkosten verursacht haben:

- Es waren tatsächlich mehr Endgeräte nicht mehr "Windows 11"-fähig, als ursprünglich kalkuliert.
- Im Bereich des Neuaufbaus der Domains wurde direkt auf die aktuellste Version für die Server-Betriebssysteme umgesattelt (Windows Server 2025). Das war so ursprünglich so nicht geplant, deshalb musste die DC mit ihren FSMO Rollen neu aufgebaut werden. So mussten z.B. alle GPO (Gruppenrichtlinien) neu gemacht werden. Auch hier gab es teilweise „interessante“ Problemstellungen, die behoben werden mussten.
- Zeitgleich mit der Migration wurden auch noch notwendige Infrastrukturarbeiten durchgeführt. D.h. Netzverteiler ersetzt und in die neuen VLAN eingebunden. Das musste vorgezogen werden, weil die Altverteiler teilweise gar nicht in der Lage waren, die neuen Netze, konkret die VLAN, zu verteilen. Grundsätzlich wurden die Netze in den Schulen auch beschleunigt und im kompletten Backplane über die 1GBps ausgestattet.
- Mit der neuen Domänenfunktionsebene mussten in der Folge auch die Datensicherungen neu organisiert werden. (Dabei geht es nicht um die "last line of defense"-Sicherung der Cluster, sondern um die Tagessicherungen, mit denen auch versehentlich gelöschte Dateien der Schulen wiederhergestellt werden können.)
- Dazu kam dann noch eine große Anzahl von Kleinigkeiten, die es zu lösen galt. Nun steht allerdings eine aktuelle Basis, die hoffentlich wieder einige Zeit Ruhe in den IT-Netzen verschafft.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 100.000 € bei HHSt. 20100.5624100 (Schulträgeraufgaben, allgemeine Schulverwaltung - Software).

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

Gegenstand: Ergebnishaushalt 2025; überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. (57310.5299000 Messen und Märkte - Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen)
Vorlage: 0593/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 7 Enthaltungen) die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 130.000 € bei HHSt. 57310.5299000 (Messen und Märkte – Sonstige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen).

Gegenstand: **Kommunale Ehrungen**
 Vorlage: 0592/2025

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Auf die Vorberatung im nichtöffentlichen Teil der Ältestenratssitzung und dessen Empfehlung wird Bezug genommen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich die Verleihung der vom Ältestenrat empfohlenen Auszeichnungen an die vorgeschlagenen Personen gemäß den Richtlinien zu kommunalen Ehrungen (bei 3 Gegenstimmen und 1 Enthaltung: AfD).

Ehrennadel der Stadt Speyer:

- Ingrid Kolbinger
- Axel Elfert

Ehrenplakette der Stadt Speyer (Verdienstmedaille):

- Dr. Gottfried Jung
- Hans-Peter Rottmann
- Fritz Hochreither
- Hermann Layher
- Rolf S. Weis
- Christel Koch

**Gegenstand: Unterzeichnung der Speyerer Antidiskriminierungsagenda
(Ratsbeschluss vom 04.09.2025, TOP 19)**

Die Vorsitzende nimmt Bezug auf den [Ratsbeschluss vom 04.09.2025](#), für den heute eine Liste zur Unterschriftsleistung herumgegeben wird.

Herr Zehfuß hinterfragt, warum nochmals unterschrieben werden soll, wenn sich textlich seit 2019 nichts verändert hat. Die Vorsitzende erläutert, dies gelte für die neue Wahlperiode.

Frau Höchst verliest eine Erklärung zu den aktuellen Vorgängen in Gießen und zu diesem „Kokolores“. Sie unterstellt, dass viele Ratsmitglieder gar nicht verstehen, was sie da unterschreiben. Diese ideologische Agenda zeige die hässliche faschistische Fratze der sog. „Zivilgesellschaft“ mit den gleichen Mustern wie in der NS-Zeit, in der Andersdenkende zu Staatsfeinden erklärt wurden.

Ihr wird von der Vorsitzenden mehrfach unter Hinweis auf die Geschäftsordnung das Wort entzogen, da die Aussprache bereits in der Ratssitzung am 04.09.2025 stattgefunden hat und für heute laut Tagesordnung keine weiteren Ausführungen inhaltlicher Art dazu vorgesehen sind.

Wiederholte Zwischenrufe des Ratsmitglieds Haupt zur Unwahrheit, Redezeit und dies sei eine Frechheit, haben Rügen zur Folge, verbunden mit der Androhung, bei einer weiteren Rüge durch die Sitzungsleitung des Saals verwiesen zu werden. Herr Haupt fordert eine schriftliche Begründung, damit es auch juristisch geprüft werden kann. Frau Dittus (Fachbereichsleitung 1) erläutert die Rechte der Sitzungsleitung laut Geschäftsordnung.

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
Vorlage: 0587/2025

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 2 Enthaltungen) folgende Umbesetzungen:

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion Unabhängig für Speyer:

Gremium	Mitglied:	Stellvertretung:
Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr (04.):	<i>unverändert</i> <i>(Rosemarie Keller-Mehlem)</i>	neu: Oliver Seifert Lindenstraße 24 für: Ewald Gaden
Sozialausschuss (19.):	neu: Ewald Gaden Martinskirchweg 31 für: Beate Klehr-Merkl	<i>unverändert</i> <i>(Rosemarie Keller-Mehlem)</i>

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 16

Gegenstand: **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**
 [Vorlage: 0588/2025](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 17

Gegenstand: Informationen der Verwaltung

Die Vorsitzende informiert darüber, dass die Novellierung des Mietspiegels 2026 ansteht. Die Thematik eines ökologischen Mietspiegels wird dabei aufgegriffen.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 18.1

Gegenstand: **Erwerb Flurstücks-Nr. 685/11 durch die Stadt Speyer**

Beschluss:

Dem Erwerb des Flurstücks-Nr. 685/11 wird mehrheitlich zugestimmt (bei 5 Gegenstimmen AfD, FWS).

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19.1

Gegenstand: Finanzangelegenheiten

Die Informationen werden vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19.2

Gegenstand: Finanzangelegenheiten

Die Informationen werden vom Stadtrat zustimmend zur Kenntnis genommen.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 19.3

Gegenstand: Finanzangelegenheiten

Der Stadtrat nimmt die Information zustimmend zur Kenntnis.

16. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 11.12.2025

16. Sitzung des Stadtrates 11.12.2025 **Stefanie Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!